



CDU-Vorsitzende Merkel, SPD-Chef Beck: *Guter Wille ist dem Argwohn gewichen*

KOALITION

Die Scheinehe

Vereint entkräftet: Schwarz-Rot hat sich nicht mehr viel zu sagen. Vor allem die innere Achse der Regierung, das Verhältnis der CDU-Kanzlerin zum SPD-Vizekanzler, ist schwer lädiert. Aus Partnern sind Gegner geworden.

Es war am Vormittag des vergangenen Dienstags, als bei DGB-Chef Michael Sommer das Handy klingelte. Am Apparat meldete sich der Vizekanzler, so empört und aufgebracht, wie ihn der Gewerkschaftsboss noch nicht erlebt hatte.

Beim Koalitionsgipfel zum Mindestlohn sei so gut wie nichts herausgekommen, berichtete Franz Müntefering – und beschwerte sich über die Kanzlerin. Angela Merkel denke „nur noch parteipolitisch“ und zeige „keinerlei Führungsverhalten“, schimpfte ihr Stellvertreter. Sodann fügte Müntefering einen bitterbösen Satz hinzu: Merkel sei „als Politikerin überschätzt“.

In der Sache hat die Große Koalition dem Land schon seit längerem nichts mehr zu bieten. Nun weist auch die Achse Merkel-Müntefering eine Unwucht auf.

Der gute Wille, der zu Beginn die beiden einte, ist mittlerweile dem Argwohn gewi-

chen. Jeder traut dem anderen alles zu, nicht aus persönlicher Niedertracht, wohl aber aus parteipolitischen Motiven.

Müntefering verdächtigt die Union, die SPD in die Enge treiben zu wollen. Merkel glaubt, dem Sozialdemokraten ginge es nur noch um die Bevorratung von Wahlkampfmunition.

Das Verhältnis trägt alle Züge einer ruinierten Ehe. Man mag nicht mehr, aber kommt voneinander noch nicht los. Der innere Zusammenhalt ist verloren, aber der äußere Schein wird noch gewahrt. Unklar ist, wie die Koalition so das Wahljahr 2009 erreichen will.

Merkel würde ihrer Regierung gern neuen Schwung verleihen. Im August sollen sich alle 15 Minister zu einer Klausur versammeln, um ein Arbeitsprogramm für die zweite Hälfte der Legislatur zu verabreden. Doch der SPD steht derzeit der Sinn eher

nach Revolte. Müntefering schwört seine Truppen auf Kampf ein: „Ich war immer Mannschaftsspieler. Aber ich kann auch Forechecking.“ Beim Start der Großen Koalition hieß es noch: „Nur Große Koalitionen können große Probleme lösen.“

Begonnen hatte die politische Liaison zwischen der Kanzlerin und ihrem Stellvertreter bei den Sondierungsgesprächen kurz nach der Bundestagswahl. Gerhard Schröder beharrte auf dem Kanzleramt, Merkel wies das Ansinnen zurück und fand in Müntefering, damals SPD-Parteichef und Verhandlungsführer, schließlich einen Gleichgesinnten. Entscheidend in den ersten Wochen waren nicht Sympathie oder gar politische Nähe – Verlässlichkeit und Diskretion waren der Kitt. Bei den Koalitionsverhandlungen trafen beide erst kleine Verabredungen, dann größere – alles erwies sich als belastbar.



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Sozialdemokraten Struck, Müntefering: *Folgsamkeit wurde zum Verlustgeschäft*

Daran änderte sich in den ersten 19 Monaten der Koalition nicht viel. Zeichneten sich Differenzen ab, wurde telefoniert, per SMS verkehrt und bisweilen auch spontan eine Verabredung getroffen. Zum Ritual gehörte das Vier-Augen-Gespräch jeden Mittwoch vor der Kabinettsrunde. Kein Satz aus den wöchentlichen Unterredungen drang je nach draußen.

Müntefering wurde zur verlässlichsten Stütze der Kanzlerin. Gelegentlich wirkte die Regierungsspitze wie ein Pärchen, bei dem der eine von links und die andere von rechts kommend sich in der Mitte trafen. Dort schienen beide ihren Platz im politischen Gefüge der Republik gefunden zu haben. Müntefering ging in Vorleistung und verteidigte die Kanzlerin, die nun auch seine war. In der eigenen Partei kam es allerdings nicht gut an, wenn er sagte, die Genossen müssten „lernen, dass die CDU nicht an allem schuld ist, was schlecht läuft“. Immer wieder warb er, trotz der Vorbehalte in den eigenen Reihen, um Vertrauen für Merkel.

Nun ist in der Politik Loyalität kein Geschenk, sondern eine Investition, von der eine Rendite erwartet wird. Der Ertrag für Münteferings Folgsamkeit aber fiel zunehmend kleiner aus, bis er sich sogar in ein Verlustgeschäft verwandelte. So zumindest empfand es Müntefering.

Er registrierte, wie die Kanzlerin immer häufiger Entscheidungen zu seinen Ungunsten traf. So ließ sie auf Kosten der

SPD den Streit ums Arbeitslosengeld I wochenlang treiben.

Diverse Unionisten forderten Kürzungen und schärfere Strafen für Arbeitsunwillige, die SPD musste neue Zumutungen für ihre Klientel abwehren. Für die Genossen ist Hartz IV auch deshalb ein wunder Punkt, weil die Linkspartei hier ihre größten Treffer landet.

Einen ersten Tiefpunkt im Umgang miteinander markierte die Gesundheitsreform. Zunächst sagte die CDU-Kanzlerin eine Steuerfinanzierung zu, um sie sich dann von den Unions-Ministerpräsidenten wieder abtrotzen zu lassen. Die SPD hatte tagelang von einem Durchbruch in Richtung Bürgerversicherung geträumt.

Auch auf eine umfassende Pflegereform verzichtete Merkel jetzt, weil ihr der Konflikt mit Ländern und privaten Krankenkassen den Ertrag nicht wert schien. Die SPD steht mit nahezu leeren Händen da. Die Regierung beschränke sich mittlerweile „auf das absolut Handlungsnotwendige“, klagt Gesundheitsministerin Ulla Schmidt.

Ebenfalls die Niederlage beim Mindestlohn zeichnete sich schon lange ab. Ich kann nicht, hatte Merkel vor Vertrauten immer wieder gesagt. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde sie von der Wirtschaft und Teilen ihrer Partei entfremden.

Seit Wochen schimpfte Müntefering, der die Absatzbewegung spürte, leise vor sich hin. „Merkel kämpft nicht, sie macht Parteipolitik“, entfuhr es ihm kürzlich. Fast sehnsüchtig erinnerte er sich an ihren Vorgänger: „Schröder hätte in solchen Situationen die Tische umgeschmissen.“

Wie in einer Ehe, die ihren Schwung verloren hat, stört nun auch das, was gestern noch klaglos ertragen wurde. Merkels Arbeitsstil, das pedantische Vorgehen, das Verliebtsein in Zahlen und Formeln, be-





BERNHARD CLASSEN / VARIO IMAGES

Polnische Erntehelfer*: „Der Staat muss sich da raushalten“

UMFRAGE: MINDESTLOHN

„Vizekanzler Franz Müntefering hat sich in der Mindestlohndebatte in ungewöhnlich scharfer Form vom Koalitionspartner abgesetzt. Wird diese Haltung der SPD eher nützen oder eher schaden?“

„Würden Sie es begrüßen, wenn in Deutschland ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn eingeführt würde?“



eher nützen 41%

eher schaden 45%



JA 73%

NEIN 23%

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 20. und 21. Juni; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe

hagt Müntefering nun nicht mehr. Schröder kam gern ohne Bleistift und Papier.

Der Groll des Vizekanzlers reifte zuletzt auch deshalb, weil Merkel einen deutlichen Warnruf Münteferings Mitte Mai („Die Kanzlerin muss Führung zeigen. Sie will die Probleme nicht lösen“) ignorierte.

So sah sich der Sozialdemokrat zunehmend als einsamen Reformier, unbeliebt in den eigenen Reihen, ohne ausreichend Feuerschutz, auch von der Kanzlerin. Er hatte sich, auch gegen heftige Schelte aus der eigenen Partei, für unbequeme Großprojekte wie die Gesundheitsreform, für die Rente mit 67 und die Unternehmenssteuer-Reform starkgemacht. Merkel überließ ihm die Überzeugungsarbeit, so dass er öffentlich oft als der harte Hund der Koalition dastand. Das mag geschickt gewesen sein von ihr, aber aus Münteferings Sicht war es nicht schicklich.

Schmerzlich musste er zur Kenntnis nehmen, dass ihn nicht wenige Genossen behandelten, „als ob ich gar kein richtiger Sozialdemokrat mehr wäre“. Das alles gehört zur Vorgeschichte des Wutausbruchs vom vergangenen Montag.

Ab halb zehn Uhr abends befasste sich an jenem Tag die Koalitionsumde mit dem Mindestlohn. Müntefering legte verschiedene Papiere mit Entwürfen und Berechnungen auf den Tisch. Als der Widerstand bei der Union anhielt („Der Staat muss

sich da raushalten. Das ist Sache der Tarifpartner“), stand er auf. Er ging um den Tisch. Sein Ton wurde bestimmt. Er hatte sich einen Zigarillo angezündet.

Müntefering versuchte zu argumentieren: „Sie sagen doch immer, wir zahlen zu viel Arbeitslosengeld II, und ich soll die ans Arbeiten bringen.“ Stille. Müntefering fuhr fort: „Sie haben doch auch immer gesagt, wer arbeitet, soll mehr haben, als der, der nicht arbeitet.“ Merkel antwortete ungerührt: „Ja, das habe ich gesagt, aber ich habe nicht gesagt, wer das zahlen soll.“

Den Rest besorgte ihre Leibgarde, bestehend aus Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer. Ihr Hauptargument: „Das ist nicht Sache des Staates. Die Regierung muss sich da raushalten.“ Kauder wies darauf hin: „Das geht in der Fraktion nicht durch“, und fügte hinzu: „Ein Aufheben des Tarifvertragsgesetzes machen Sie mit mir nicht.“ Merkel schwieg.

Irgendwann hatte Müntefering genug: „Das ist doch pure Blockade hier. So geht das nicht.“ Und gegen Ende der Sitzung sagte er einfach nur: „Der Mindestlohn wird kommen. Ihr werdet das nicht verhindern können. Und im Zweifel entscheidet der Europäische Gerichtshof.“

In seiner Erregung verfiel er, wie so oft in solchen Situationen, in den Duz-Ton: „Wenn ihr glaubt, dass das Thema damit erledigt ist, irrt ihr euch. Wir werden schon Wege finden – auch vor der Wahl 2009.“

Fraktionschef Peter Struck, Parteichef Kurt Beck, aber auch Edmund Stoiber hielten sich weitgehend zurück. Struck sagte später: „So habe ich den Franz noch nie erlebt. Es hätte mich nicht gewundert, wenn er mit einer Flasche auf die andere Seite losgegangen wäre.“

Seit Tagen feuern die Parteien nun wieder ideologische Salven aufeinander ab. „Neoliberal“ sei die Kanzlerin, „unmoralisch“ und „unsozial“, heißt es an der Spitze der SPD. Die SPD wird im Gegenzug verdächtigt, sie verlasse den Reformpfad und gebe sich linken Träumereien hin.

Dabei haftet der Aufregung dieser Tage etwas Künstliches an. Die zur Schau gestellten Grundüberzeugungen von CDU und SPD sind keineswegs so unterschiedlich wie behauptet.

Wären Merkel und Müntefering Politiker in den USA, würden sich beide innerhalb der Demokratischen Partei wiederfinden: Angela Merkel stünde links von Hillary Clinton, die für den Irak-Feldzug stimmte und erst allmählich zum Rückzug bläst. Müntefering wäre rechts von Präsidentschaftsbewerber John Edwards anzusiedeln, der die Unterschicht umwirbt.

Selbst die CSU taugt nicht mehr zum Feindbild. Edmund Stoiber ist alles mögliche, manchmal ein wenig tütelig, oft sprunghaft, immer pendantisch, aber ein Reaktionär ist er mit Sicherheit nicht. Könnte Franz Josef Strauß seinem Ziehsohn von einst zuhören, wie er feinfühlig für Kinderkrippen und die gesellschaftliche Anerkennung der Homo-Ehe wirbt, würde er einen Tobsuchtsanfall bekommen.

Das deutsche Publikum soll von dieser Angebotsverengung nichts erfahren, weshalb die Parteien lautstark Unterschiede betonen, die weitgehend eingebnet sind. In Wahrheit will Merkel wie Müntefering die Arbeitnehmer vor der Billigkonkurrenz schützen, nur sollen eben die Tarifparteien nicht aus der Pflicht entlassen werden. Müntefering will wie Merkel einen konsequenten Sparkurs, und selbst beim Abkassieren von Erben und Aktionären liegen die beiden dicht beieinander.

In der Außenpolitik sind die Differenzen zwischen Außenminister und Kanzlerin durchweg gering. Die Unterschiede in der Umweltpolitik haben sich fast völlig verflüchtigt. Nur um die Nutzung der Kernenergie wird noch gestritten, wobei die SPD auch hier nicht so unnachgiebig ist, wie sie der Öffentlichkeit weismacht.

Der Grund für die Schaugefächte liegt im Wesen des deutschen Parteiensystems. Die Mitgliederpartei erwartet Streit mit dem anderen Lager, nicht Harmonie, es soll gestänkert, nicht kooperiert werden. Parteien im deutschen Sinne sind säkulare Glaubensgemeinschaften, die nichts so sehr lieben wie das Bekämpfen des Gegners.

Die Große Koalition, und das ist der Kern des aktuellen Konflikts, ist den drei



JOHANNES EISELE / DPA

Gründungsparteitag der Linken*: Bei Hartz IV landet die neue Partei ihre größten Treffer

beteiligten Parteien bisher nicht gut bekommen. Vor allem die SPD hat unter einem beispiellosen Ansehensverlust zu leiden, seit sie im November 2005 in die Koalition eingetreten ist.

Bei der letzten Bundestagswahl erreichten die Sozialdemokraten 34,2 Prozent, es war das zweitschlechteste Wahlergebnis seit 48 Jahren. Noch alarmierender für die Partei aber ist, dass seither die meisten Umfragewerte weiter nach unten weisen.

Die SPD sieht sich einer Art Zangenbewegung ausgesetzt, die ihren Charakter als Volkspartei immer mehr in Frage stellt. Auf der linken Seite steht das Populistenduo Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, das bei Themen wie Mindestlohn und Rente im Zweifel immer den radikalen Ton anschlägt. Die neue Linke vertritt nun jenen sozialen Utopismus, der in der alten Bundesrepublik die Domäne des linken SPD-Flügels war. Nach dem Vereinigungsparteitag fühlt sich Lafontaine kräftig genug, der SPD sogar Koalitionsofferten zu unterbreiten. „Kurt Beck kann morgen Kanzler sein“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 24).

Von rechts rückt die CDU/CSU vor, die ihr marktradikales Wahlprogramm aus dem Jahr 2005 längst den Parteiarchiven überantwortet hat. Mit Klimaschutz-Paro-

len und Ursula von der Leyens Krippen-Initiative spricht sie ein gebildetes Großstadtpublikum an, das bisher eher SPD und Grünen zuneigte.

Die Lage wäre weniger brenzlich, wenn der Frontmann der Sozialdemokraten den Angriff mit persönlichem Charisma abwehren könnte. Aber nur wenige Bürger sehen in Kurt Beck derzeit einen Regierungschef im Wartestand. Lediglich 19 Prozent der Deutschen können sich laut Forsa vorstellen, dass der Mann aus dem südpfälzischen Steinfeld die Geschicke Deutschlands lenkt.

Auf den ersten Blick scheint es so, als sei die Union der große Profiteur der Großen Koalition, und tatsächlich konnte Merkel im Kanzleramt ihr Image als machtgierige Männergewaltin abstreifen und sich einen Ruf als geschickte Botschafterin deutscher Interessen erarbeiten.

Bemerkenswerterweise aber kann die CDU/CSU daraus keine allzu große Kraft schöpfen. Die Werte der Union scheinen unter der 40-Prozentmarke festgeschraubt – und das, obwohl die Umstände nicht besser sein könnten: Die Wirtschaft brummt, die Bilder der Staatenlenkerin Merkel auf dem G-8-Gipfel gingen um die Welt, und es gibt seit langem schon keinen CDU-Ministerpräsidenten mehr, der aus der Provinz gegen die Chefin stichelt. Dennoch hat auch die CDU seit der Bundestagswahl mehr als 25 000 Mit-

glieder verloren, bei der SPD sind es gut 40 000.

So hängen sich die Koalitionäre ermattet in den Armen. Der Union fehlen schlicht die Partner für einen Wechsel. Für ein Zusammengehen mit den Grünen ist die Zeit noch nicht reif, mit der FDP allein reicht es rechnerisch nicht. In der Planung der Kanzlerin kommt ein Seitenwechsel daher auch nicht vor.

Merkel will die CDU als zuverlässige Kraft in der Regierung präsentieren. In der Unionsführung glaubt man, dass die Bevölkerung auf einen Berliner Eklat äußerst unwillig reagieren würde. „Die Leute wollen ordentlich regiert werden“, sagt Fraktionschef Kauder: „Wer Neuwahlen anstrebt, wird vom Wähler bestraft.“ Selbst wenn die SPD dampfend vor Wut die Regierung verlassen sollte, würde Merkel weiter regieren. Sie könnte dann, darüber wurde bereits in ihrem engsten Zirkel gesprochen, die Lücken im Kabinett mit Parteifreunden und Parteilosen füllen und auf wechselnde Mehrheiten setzen.

Müntefering will es daher auch vorerst nicht übertreiben. Ihm ging es darum, der Kanzlerin Grenzen aufzuzeigen und nicht die Koalition zu sprengen. Unkontrolliert trat er am vergangenen Montag jedenfalls nicht auf. Kürzlich bekannte er: „Wenn es richtig hart wird, dann werde ich eher leise.“

HORAND KNAUP, RALF NEUKIRCH, RENÉ PFISTER, MICHAEL SAUGA, GABOR STEINGART

* Am vorvergangenen Samstag in Berlin.